

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 40 | 06.10.2023

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 113/2023](#)

Bundesgesetz über die Genehmigung des **Bundesrechnungsabschlusses** für das Jahr 2022 (Bericht des Budgetausschuss)

[BGBl I 114/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesfinanzrahmengesetz** 2023 bis 2026 und das **Bundesfinanzgesetz** 2023 geändert werden (Überschreitungsermächtigung für den budgetären Bedarf; Erhöhung der Auszahlungsobergrenzen; Anpassung der Finanzierungsstrategie)

[BGBl II 290/2023](#)

Verordnung des Vorstands der E-Control, mit der die **Elektrizitäts-Energielenkungsdaten-Verordnung** 2017 geändert wird (E-EnLD-VO – Novelle 2023)

[BGBl II 291/2023](#)

Verordnung des Vorstands der E-Control mit der die **Erdgas-Energielenkungsdaten-Verordnung** 2017 geändert wird (G-EnLD-VO 2017 – Novelle 2023)

[BGBl II 292/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft über die **Übertragung von Prüfaufgaben** betreffend **Reiserechnungen** der nachgeordneten Arbeitsinspektorate

[BGBl II 293/2023](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über die **Einführung** des **Klimatickets**

[BGBl II 294/2023](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die **Bundes-Umgebungslärmschutzverordnung** geändert wird

[BGBl II 295/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres über die vorübergehende Wiedereinführung von **Grenzkontrollen** an den Binnengrenzen zur **Slowakischen Republik**

II. AMTSBLATT DER EU

Keine Rechtsakte mit Gesetzescharakter im Berichtszeitraum.

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

13.06.2023, [E 693/2023 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Nichtzuerkennung des Asylstatus an eine Familie von syrischen Staatsangehörigen; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Gefahr der Zwangsrekrutierung eines derzeit Minderjährigen sowie mangels schlüssiger Begründung

13.06.2023, [E 754/2022 ua](#)

AsylG; **FremdenpolizeiG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Nichtzuerkennung des Status subsidiär Schutzberechtigter an zwei Staatsangehörige des Iraks; mangelnde Auseinandersetzung mit Länderberichten betreffend die Lage von – aus einem ehemals vom IS besetzten Gebiet stammenden – sunnitischen Arabern, mit der Erreichbarkeit der Herkunftsprovinz und der mittlerweile erfolgten Trennung sowie Scheidung der Bf

13.06.2023, [E 2195/2022 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Asylstatus an eine Familie von Staatsangehörigen Afghanistans; mangelnde Auseinandersetzung mit der Situation der minderjährigen Beschwerdeführerin betreffend die Bildungsmöglichkeiten sowie mit den Länderberichten

28.06.2023, [E 754/2023](#)

FremdenpolizeiG; Verletzung im Recht auf **Freiheit und Sicherheit** (persönliche Freiheit) betreffend die Anhaltung eines marokkanischen Staatsangehörigen in Schubhaft; mangelnde Einzelfall- und Verhältnismäßigkeitsprüfung eines bestimmten Zeitraums der Anhaltung

18.09.2023, [E 1167/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; unterlassene Prüfung der vorgebrachten Gefahr einer drohenden Einziehung zum Militärdienst in der syrischen Armee, wenn der Bf das wehrfähige Alter erreicht

18.09.2023, [E 3230/2022 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; da zum Zeitpunkt der Entscheidung der Erst- bis Viertbeschwerdeführer das Asylverfahren des dritten Kinds noch nicht abgeschlossen war, wären Ermittlungen und eine Interessenabwägung nach Art 8 EMRK notwendig gewesen

20.09.2023, [G 328/2021](#)

BundespflegegeldG; Bestimmungen des BundespflegegeldG betreffend die Anknüpfung des **Anspruchs auf Pflegegeld** an den zuerkannten Bezug bestimmter **Grundleistungen** sowie Ausschluss des Pflegegeldanspruchs wegen Zuständigkeit anderer Mitgliedstaaten im weiten rechtspolitischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers

21.09.2023, [E 2130/2021](#)

EpidemieG; **COVID-19-MaßnahmenVO**; Anlassfall zu VfGH 21.09.2023, [V 65/2023](#)

21.09.2023, [V 65/2023](#) (Anlassfall [E 2130/2021](#))

EpidemieG; **COVID-19-MaßnahmenVO**; Gesetzwidrigkeit einer COVID-MaßnahmenVO betreffend die Verpflichtung zur **selbstüberwachten Heimquarantäne** nach der Einreise aus einem **Nachbarstaat** mangels hinreichender Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

20.06.2023, [Ra 2022/03/0097](#)

VwGG; **VwGVG**; **VStG**; schriftliche Anbringen der Behörde können grds in jeder technisch möglichen Form übermittelt werden; per E-Mail jedoch nur insoweit, als für den elektronischen Verkehr zwischen der Behörde und den Beteiligten nicht besondere **Übermittlungsformen** vorgesehen sind; etwaige technische Voraussetzungen oder organisatorische Beschränkungen des elektronischen Verkehrs zwischen der Behörde und den Beteiligten sind im Internet bekanntzumachen; nach der Rsp des VfGH ist eine E-Mail dann bei der Behörde eingelangt, wenn sie von einem Server, den die Behörde für die Empfangnahme von an sie gerichteten E-Mail-Sendungen gewählt hat, empfangen wurde und sich damit im „**elektronischen Verfügungsbereich**“ der Behörde befindet; in welchem E-Mail Ordner die E-Mail gelangt, ist unerheblich

29.08.2023, [Ra 2022/07/0221](#)

AbfallwirtschaftsG; nach § 26 Abs 3 AbfallwirtschaftsG ist **abfallrechtlicher Geschäftsführer** für fachlich einwandfreie Ausübung der erlaubnispflichtigen Tätigkeit der Sammlung und Behandlung von gefährlichen Abfällen und Einhaltung der diesbezüglichen abfallrechtlichen Vorschriften verantwortlich; Aufträge umfassten einerseits die Entfernung und ordnungsgemäße Behandlung von konsenswidrig gelagerten Abfällen sowie die konsensgemäße Zwischenlagerung von konsenswidrig gelagerten Abfällen auf dem Betriebsareal einer genehmigten Abfallbehandlungsanlage; damit ist die fachlich einwandfreie Ausübung der Sammlung und Behandlung der in § 26 Abs 1 leg cit angesprochenen gefährlichen Abfälle betroffen; **verwaltungsstrafrechtliche Verantwortung** trifft dabei den abfallrechtlichen Geschäftsführer; dass dieser allenfalls nicht Adressat des Genehmigungsbescheids oder des Auftrags nach § 62 Abs 2 leg cit ist, spielt für seine verwaltungsstrafrechtliche Verantwortung keine Rolle

30.08.2023, [Ra 2023/06/0096](#)

Ktn BauO; nach Rechtsansicht des LVwG sei **Begrenzung der Erhöhung der Geschoßflächen** um maximal 15 % dann irrelevant, wenn das Leitbild „Erhaltung des Ortsbildes“ nicht gestört werde; diese Auslegung ist mit Wortlaut der Bestimmung des § 3 A) lit b des Textlichen Bebauungsplans der Gemeinde nicht vereinbar; § 3 A) lit b leg cit enthält vielmehr eine doppelte Beschränkung, nämlich einerseits eine Erhöhung der Geschoßflächen bis maximal 15 % und andererseits nur dann, wenn das Leitbild „Erhaltung des Ortsbildes“ nicht gestört wird; aus dem Wort „vorrangig“ kann nicht abgeleitet werden, dass – bei Vereinbarkeit des Vorhabens mit dem genannten Leitbild – die Begrenzung von 15 % außer Acht gelassen werden kann; bezüglich der **Ausnutzbarkeit des Baugrundstücks** sind gem § 23 Abs 4 Ktn BauO daher auch Anrainer gemäß Abs 2 lit a und b leg cit befugt, subjektiv-öffentliche Rechte geltend zu machen

C. VERWALTUNGSGERICHE

BVwG 31.08.2023, [W121 2182634-1](#)

ArbeitsverfassungsgG; **PatentG**; es ist nicht ersichtlich, inwiefern mit dem Wegfall der Teilrechtsfähigkeit sowie die Übertragung des Urlaubs in die Folgejahre **Nachteile** entstanden sein sollen, weil gewisse Personen keine All-In-Verträge mehr haben;

die Voraussetzungen für die **Erzwingbarkeit eines Sozialplans** liegen kumulativ nicht vor, da der Teil der Belegschaft in Prozent nicht als ein erheblicher Teil qualifiziert wird

BVwG 12.09.2023, [L511 2276718-1](#)

SchulpflichtG; SchulunterrichtsG; die Bf kam ihrer **Schulpflicht** im Schuljahr 2022/23 weder durch den Besuch einer öffentlichen oder mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Schule noch durch den Besuch einer Privatschule oder häuslichem Unterricht nach; die Schulpflicht wurde daher nicht durch den Besuch einer Schule iSd § 12 SchulpflichtG erfüllt; die in § 24 Abs 1 und 2 leg cit normierten **Verpflichtungen** der Erziehungsberechtigten ergeben sich unmittelbar aus dem Gesetz; dies schließt nicht aus, dass die **Behörde** diese Verpflichtung **bescheidmäßig konkretisiert**

BVwG 19.09.2023, [L511 2277155-1](#); [L511 2277353-1](#)

SchulpflichtG; vor dem Hintergrund des Zwecks der Regelung, die Erfüllung der **Schulpflicht** auch durch im **Ausland** gelegene Schulen zu ermöglichen, steht der Besuch einer Schule iSd § 13 SchulpflichtG im Einklang mit der bereits rechtskräftig angeordneten Erfüllung der Schulpflicht iSd § 5 leg cit; der Unterricht an der Schule im Ausland ist mindestens gleichwertig; es ist **kein erziehungs- und bildungsmäßiger Nachteil** für das Kind anzunehmen

LVwG Nö 14.09.2023, [LVwG-S-1173/001-2023](#); [LVwG-S-1174/001-2023](#),

KraftfahrG; GüterbeförderungsG; § 24a Abs 3 Z 5 GüterbeförderungsG entwertet die vermeintlich vorbeugende Vorschrift des § 5 Abs 1a leg cit, weil sich der dort auf den Gewerbeinhaber überwälzte periodische **Nachweis seiner Zuverlässigkeit** in der Praxis wohl auf die Vorlage des Auszugs aus dem somit nicht vollständigen **Verkehrsunternehmensregister** beschränken lässt; somit muss sowohl rechtlich als auch faktisch die vom VwGH angedachte Einbeziehung von Bestrafungen wie der gegenständlichen „im **Entziehungsverfahren**“ schon an dessen zwangsläufig ausbleibender Einleitung scheitern

LVwG Oö 28.08.2023, [LVwG-552719](#)

Oö WolfsmanagementVO; zufolge der Entscheidung des VwGH zur Nö Fischotter-VO (VwGH 13.06.2023, Ra 2021/10/0162) kommt dem angerufenen **VwG** im Gegensatz zur Behörde, die die Verordnung erlassen hat, **keine Kompetenz** zur Änderung oder Aufhebung der Oö WolfsmanagementVO zu

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[05.10.2023, Rs C-146/22, Dyrektor Krajowej Informacji Skarbowej \(TVA pour boissons chaudes lactées\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – **Richtlinie 2006/112/EG** – Art 98 Abs 2 – **Befugnis der Mitgliedstaaten**, auf bestimmte Lieferungen von Gegenständen und Dienstleistungen einen **ermäßigten Steuersatz anzuwenden** – Anhang III Nrn 1 und 12a – Ähnliche Lebensmittel, die aus derselben Hauptzutat hergestellt werden – Heißgetränke auf Milchbasis – **Anwendung unterschiedlicher ermäßigter Mehrwertsteuersätze** – Gegenstände mit gleichen objektiven Merkmalen und Eigenschaften – Gegenstände, die (nicht) mit Dienstleistungen der Zubereitung und Bereitstellung seitens des Lieferers einhergehen

[05.10.2023, Rs C-219/22, QS \(Révocation du sursis\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – Rahmenbeschluss 2008/675/JI – **Berücksichtigung** der in **anderen Mitgliedstaaten ergangenen Verurteilungen** in einem **neuen Strafverfahren** – Art 1 Abs 1 – Anwendungsbereich – Art 3 Abs 1, 3 und 4 – Verpflichtung, früheren Verurteilungen, die in anderen Mitgliedstaaten ergangen sind, gleichwertige Rechtswirkungen wie innerstaatlichen Verurteilungen zu-zuerkennen – Voraussetzungen – Verurteilung zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe – Während der Bewährungszeit begangene neue Straftat – Aufhebung der Bewährung und wirksame Vollstreckung der Freiheitsstrafe – Auswirkung auf die frühere Verurteilung oder Entscheidungen zu ihrer Vollstreckung – Rahmenbeschluss 2008/947/JI – Art 14 Abs 1 – Anerkennung von Verurteilungen zum Zweck der Überwachung der Bewährungsmaßnahmen und einer etwaigen Aufhebung der Aussetzung der Vollstreckung

05.10.2023, Rs C-294/22, OFPRA (Statut de réfugié d'un apatride d'origine palestinienne)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Politik** im Bereich **Asyl** und **subsidiärer Schutz** – **Richtlinie 2011/95/EU** – Art 12 – **Ausschluss** von der **Anerkennung** als **Flüchtling** – Beim Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinafüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) registrierte Person – **Voraussetzungen** dafür, dass diese Person ipso facto den **Schutz** der Richtlinie 2011/95 genießt – **Wegfall** des Schutzes oder des Beistands des UNRWA – **Mangelnde medizinische Versorgung** – Voraussetzungen

05.10.2023, Rs C-296/22, ATU Auto-Teile-Unger und Carglass

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verordnung (EU) 2018/858** – **Genehmigung** und **Überwachung** des **Marktes** für **Reparatur-** und **Wartungsinformationsdienste** betreffend Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger sowie von Systemen, Bauteilen und selbständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge – Art 61 Abs 1 und 4 – Anhang X Nr 2.9 – Informationen über das On-Board-Diagnosesystem (OBD) von Kraftfahrzeugen – Uneingeschränkter, standardisierter und diskriminierungsfreier Zugang – Pflichten des Herstellers – Rechte unabhängiger Wirtschaftakteure

05.10.2023, Rs C-355/22, Osteopathie Van Hauwermeiren

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – **Richtlinie 2006/112/EG** – **Aufrechterhaltung** der **Wirkungen** einer mit dem Unionsrecht **unvereinbaren nationalen Regelung**

05.10.2023, Rs C-496/22, Brink's Cash Solutions

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über **Massenentlassungen** – **Richtlinie 98/59/EG** – Art 1 Abs 1 Unterabs 1 Buchst b und Art 6 – **Verfahren** zur Information und Konsultation der Arbeitnehmer bei einer beabsichtigten Massenentlassung – **Fehlende Benennung** von **Arbeitnehmervertretern** – Nationale Regelung, die es dem Arbeitgeber erlaubt, die betroffenen Arbeitnehmer nicht einzeln zu informieren und zu konsultieren

05.10.2023, Rs C-505/22, Deco Proteste - Editores

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – Mehrwertsteuer – **Richtlinie 2006/112/EG** – Steuerbare Umsätze – Art 2 Abs 1 Buchst a – **Lieferung** von Gegenständen **gegen Entgelt** – Kostenlose Lieferung eines Tablets oder Smartphones als Gegenleistung für den Abschluss eines neuen Zeitschriftenabonnements – **Begriff** der **einheitlichen Leistung** – Kriterien – Art 16 Abs 2 – **Entnahmen** für die **Zwecke des Unternehmens** mit dem Ziel, Geschenke von geringem Wert zu geben

05.10.2023, Rs C-565/22, Sofatutor

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 2011/83/EU – Verbraucherrechte – **Abonnement** eines Verbrauchers auf einer Lernplattform – **Automatische Verlängerung** des Vertrags – **Widerrufsrecht**

05.10.2023, Rs C-659/22, Ministerstvo zdravotnictví (Application mobile Covid-19)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – **Verordnung (EU) 2016/679** – Art 4 Nr 2 – **Begriff** ‚**Verarbeitung**‘ personenbezogener Daten – **Mobile Anwendung** – Überprüfung der **Gültigkeit** von nach der Verordnung (EU) 2021/953 ausgestellten ‚**digitalen Covid-Zertifikaten** der EU‘

B. SCHLUSSANTRÄGE

05.10.2023, Rs C-283/21, Deutsche Rentenversicherung Bund (GA Emiliou)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Soziale Sicherheit** der **Wandererwerbstätigen** – Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit – **Verordnung (EG) Nr 987/2009** – Art 44 Abs 2 – Anwendungsbereich – Leistungen bei Invalidität – Berechnung – Berücksichtigung von in anderen Mitgliedstaaten zurückgelegten Kindererziehungszeiten – Voraussetzungen – Art 21 AEUV – Freizügigkeit von Unionsbürgern

05.10.2023, Rs C-54/22 P, Rumänien/ Kommission (GA Emiliou)

Rechtsmittel – **Europäische Bürgerinitiative** (EBI) – EBI ‚Kohäsionspolitik für die **Gleichstellung** der **Regionen** und die **Erhaltung** der **regionalen Kulturen**‘ – Befugnis der Europäischen Kommission, eine teilweise Registrierung gemäß der Verordnung (EU) Nr 211/2011 vorzunehmen

05.10.2023, Rs C-298/22, Banco BPN/ BIC Portugêes ua (GA Rantos)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wettbewerb** – Kartelle – **Art 101 AEUV** – Vereinbarungen zwischen Unternehmen – **Bezweckte Wettbewerbsbeschränkung** – Informationsaustausch zwischen Kreditinstituten – Informationen über Geschäftsbedingungen und Produktionswerte

05.10.2023, Rs C-390/22, Obshtina Pomorie (GA Rantos)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verkehr** – Verordnung (EG) Nr 1370/2007 – **Öffentliche Personenverkehrsdienste** auf **Schiene** und **Straße** – Art 4 Abs 1 Buchst b Ziff i – Obligatorischer Inhalt öffentlicher Dienstleistungsaufträge und allgemeiner Vorschriften – Vorherige objektive und transparente Aufstellung der Parameter für die Berechnung der Ausgleichsleistung für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen – In der nationalen Regelung vorgesehene zusätzliche Voraussetzungen für die Zahlung dieser Ausgleichsleistung – Verweisung auf allgemeine Vorschriften für die Festlegung der Parameter, anhand deren diese Ausgleichsleistung berechnet wird

05.10.2023, Rs C-661/22, ABC Projektai (GA Sánchez-Bordona)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Tätigkeit eines Zahlungsinstituts, die darin besteht, Geldbeträge von Kunden ohne konkreten Zahlungsauftrag über die gesetzlich vorgesehene Frist für die Durchführung von Zahlungsvorgängen hinaus zu halten – Einstufung dieser Tätigkeit – **Richtlinie (EU) 2015/2366** – **Zahlungsdienste** im Binnenmarkt – **Richtlinie 2009/110/EG** – **Ausgabe** von **E-Geld**

C. GERICHT

04.10.2023, Rs T-598/21, Euranimi/ Kommission

Schutzmaßnahmen – Markt für Stahlerzeugnisse – **Einfuhr** bestimmter **Stahlerzeugnisse** – **Durchführungsverordnung (EU) 2021/1029** – Nichtigkeitsklage – Rechtsschutzinteresse – Klagebefugnis – Zulässigkeit – Verlängerung einer Schutzmaßnahme – Notwendigkeit – Gefahr einer bedeutenden Schädigung – Anpassungsmaßnahmen – Interesse der Union – Offensichtlicher Beurteilungsfehler

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

03.10.2023, Beschwerde Nr 17412/16, Vasile Sorin Marin/Rumänien

Verletzung von **Art 4 7.ZPEMRK** (Verbot der Doppelbestrafung); Doppelbestrafung durch **Bußgeldverfahren** und **Strafverfahren** wegen eines sozialwidrigen Verhaltens, das die öffentliche Ordnung gestört hat, ist nicht so verknüpft, dass sie ein kohärentes Ganzes bildet; nicht verhältnismäßig; der **Sachverhalt**, der den beiden Straftaten zugrunde liegt, ist im Wesentlichen **derselbe**; das Bußgeld stellt eine „rechtskräftige Verurteilung“ dar; die Verfahren stehen in einem hinreichenden zeitlichen Zusammenhang; die Doppelstrafe verfolgt weder ergänzende Zwecke noch stellt sie eine vorhersehbare Folge desselben beanstandeten Verhaltens dar

03.10.2023, Beschwerde Nr 14684/18, Efgan Çetin u.a./Türkei

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Unmöglichkeit der Anfechtung einer Verwaltungsentscheidung, die die Durchführung einer **Umweltverträglichkeitsprüfung für ein geothermisches Kraftwerk** in der Nähe des Olivenhains und der Wohnhäuser der Bf nicht vorschreibt; Unterlassung der nach innerstaatlichem Recht vorgeschriebenen Bekanntgabe oder Zustellung der Entscheidung an die Bf; übermäßig formalistische Anwendung der einschlägigen Verfahrensfristen, die eine vollständige Prüfung der Begründetheit ausschließen; unverhältnismäßige Belastung der Bf, die das Recht auf Zugang zu den Gerichten in seinem Wesensgehalt beeinträchtigt

03.10.2023, Beschwerde Nr [27753/19](#), *El-Asmar/Dänemark*

Verletzung von Art 3 EMRK (Verbot der Folter); unmenschliche oder erniedrigende Behandlung; unzureichende Untersuchung des Einsatzes von **Pfefferspray** gegen einen aggressiven **Gefangenen** in einer Beobachtungszelle ohne vorherige Warnung; fehlender Nachweis, dass der Einsatz von Pfefferspray durch das Verhalten des Bf unbedingt erforderlich war

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.